

2. Ist die Radikale Demokratie ein haltbarer Maßstab? Sind Demokratietheorien überholt?

Die Diagnose der Krise der Demokratie hält sich, in unterschiedlichen Ausführungen und auf der Grundlage unterschiedlicher Referenzsysteme, seit vielen Jahrzehnten relativ stabil¹, erfährt jedoch seit 2000 mit Schriften von beispielsweise Jacques Rancière (2002), Colin Crouch (2004) und Sheldon Wolin (2008) einen neuen Höhepunkt (vgl. Merkel 2016, o. S.). Flankiert werden diese Einschätzungen durch den jährlich erscheinenden Demokratie-Index von *Freedom House*, der im Jahr 2022 dokumentiert, dass seit 16 Jahren in Folge die Anzahl der Länder, in denen das Demokratieniveau abnimmt (60), deutlich größer ist als die derjenigen, deren Demokratieniveau zunimmt (25) (vgl. Repucci/Slipowitz 2022, 1). Hier zeigt sich allerdings im aktuellen Index, dass die Zahl jener Länder, in denen das Demokratieniveau abnimmt, die kleinste seit 17 Jahren ist (vgl. Gorokhovskaia/Shahbaz/Slipowitz 2023, 3). Dem aktuellen Index zufolge leben heute 39 % der Weltbevölkerung in Ländern, die nicht frei sind, was der höchste Anteil seit 1997 ist, 41 % in Ländern, die als teilweise frei gelten und nur noch 20 % in solchen, die frei sind (vgl. ebd., 30). Unterteilt nach Ländern gelten 43 % als frei, 28 % als teilweise frei und 28 % als nicht frei (vgl. ebd.).

Dass sich westliche liberale Demokratien jener 43 % dabei mit dem Phänomen konfrontiert sehen, das Rancière 2002 als erster mit dem Begriff des Postdemokratischen betitelt hat, verweist zum einen auf die Verfallstendenz gegenwärtiger liberaler Demokratien und wirft zum anderen die grundsätzliche Frage danach auf, wie geeignet klassische Demokratietheorien vor dem Hintergrund ihres oftmals zugrundeliegenden Paradigmas der Rationalität heute überhaupt noch sind. Und ferner, ob die radikale Demokratie, angesichts ihres theoretischen Anspruchs einerseits und den gesellschaftspolitischen Entwicklungen sowie Erfahrungen und Erwartungen der Bürger*innen andererseits, ein haltbarer Maßstab ist.

Im Folgenden wird zunächst in den Begriff der Postdemokratie nach Rancière (2002) sowie anschließend nach Crouch (2004, 2020) eingeführt. Aufgrund der ungleich stärkeren Rezeption der Arbeiten Crouchs gegenüber Rancière sowie des Einflusses auf die po-

1 So spricht Claus Offe 1972 beispielsweise von der Strukturkrise der Demokratie oder Jürgen Habermas 1974 von der Legitimationskrise der Demokratie (vgl. Offe 1972; Habermas 1974).

litikwissenschaftliche Diskussion, werden die Arbeiten Crouchs hier ausführlicher betrachtet. Im Anschluss daran wird insbesondere mit Chantal Mouffe danach gefragt, ob angesichts der postdemokratischen beziehungsweise postpolitischen (vgl. Mouffe 2018, 15) Situation, liberale Demokratietheorien² noch passende Ansätze der Analyse bieten oder ob angesichts postmoderner Pluralität radikaldemokratische Konzepte³ fruchtbarer sind. Den Abschluss des Kapitels bildet erneut eine kurze Reflexion der Perspektive Giroux' sowie des interaktionistischen Konstruktivismus.

2.1 Postdemokratie nach Rancière

Der französische Philosoph Jacques Rancière (*1940) prägt 1992 den Begriff der Postdemokratie, den er in seinem philosophischen Hauptwerk »Das Unvernehmen« (2002) ausarbeitet (vgl. Rancière 2010; 2002). Unter anderem durch seine Betonung der irreduziblen Konflikthaftigkeit des Politischen sowie seinen radikalegalitären Anspruch auf politische Teilhabe ist er eine prominente Stimme radikaldemokratischer Konzeptionen (vgl. Abbas 2020, 388). Sein Politikbegriff ergibt sich unter anderem im Anschluss an die Phänomenologie Merleau-Pontys aus der Aufteilung des Sinnlichen, das heißt die Anordnung von Gewohnheiten und Normen, Zeiten und Räumen, die die Wahrnehmung der gemeinsamen Welt steuern (vgl. Abbas 2020, 390f.). Diese Aufteilung geschieht durch (1) die Politik und (2) die Polizei. Während Polizei die hierarchische Gesellschafts- und Herrschaftsordnung umfasst, bezeichnet Politik das politische Handeln, das sich der polizeilichen Ordnung widersetzt, um Gleichheit für die sogenannten »Anteillosen« zu erringen (Rancière 2002, 23). Politik als Synonym von Demokratie stört die Ordnung, »ent-identifiziert« Subjekte (Abbas 2020, 393), ermöglicht Neuinterpretationen und bleibt stets kontingent.

Postdemokratie bezeichnet bei Rancière nun das Paradox, »das unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht« (Rancière 2002, 111), das heißt für ihn ist Postdemokratie *konsensuelle Demokratie*. So bezeichnet das Postdemokratische die Art und Weise, wie moderne Demokratien vor dem Hintergrund der medialen Technisierung sowie der Ökonomisierung politische Öffentlichkeit organisieren. Dies geschieht primär durch Institutionen des Rechts, Expert*innenwissen und einer unter anderem medial hergestellten »öffentlichen Meinung« (vgl. Rancière 2002, 122). Während Demokratie auf der Störung und Infragestellung von hegemonialen Gesellschafts- und Herrschaftsordnungen fußt,

2 Unter »liberale Demokratietheorien« fasse ich hier jene Ansätze, die trotz inhaltlicher Unterschiede im Kern gemeinsam von der Rationalität geleitet sind, das heißt die Individuen als autonom und vernünftig konzipieren, wobei der Staat für die Freiheit der Individuen entsteht. Dabei geht es deliberativ oder vertragstheoretisch um die Erlangung eines Konsenses. Typische Vertreter sind beispielsweise Montesquieu, Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und Jürgen Habermas.

3 Das Feld der radikalen Demokratietheorie ist sehr heterogen und so werden Denker*innen wie Jürgen Habermas oder Seyla Benhabib ebenfalls als radikaldemokratisch eingeordnet (vgl. Comtesse et al. 2020). Die in dieser Arbeit als radikaldemokratisch begriffenen Ansätze sind dezidiert poststrukturalistisch und hegemonietheoretisch begründet und damit klar von Habermas zu unterscheiden. Für einen Vergleich der zwei Strömungen der radikalen Demokratie siehe Norval (2001).

zeichnet sich die Postdemokratie durch die konsensuelle Übereinstimmung von staatlichen Formen und gesellschaftlichen Verhältnissen aus. In der Konsequenz diagnostiziert Rancière einen Verfall der parlamentarischen Repräsentation sowie eine ausgeweitete politische Macht von Instanzen ohne politische Verantwortung. So werden die politischen Systeme existierender Demokratien der Ordnung der Polizei zugeordnet, so dass die Möglichkeiten der Infragestellung und Veränderung der Aufteilung des Sinnlichen verunmöglicht wird.

2.2 Postdemokratie nach Crouch

Während Rancières politik-philosophischen Arbeiten ein radikaldemokratischer Impetus zugrunde liegt und seine Kritik sich grundlegenden auf das liberal-repräsentative Demokratiemodell bezieht, bilden die kritischen Arbeiten Colin Crouchs (*1944) primär eine politikwissenschaftliche Analyse des aktuellen Zustands westlicher Demokratien vor dem Hintergrund wirtschaftssoziologischer und politik-ökonomischer Überlegungen.

Postdemokratie bei Crouch

»bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß [sic!] Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.« (Crouch 2008, 10)

Anhand des Zitas lassen sich bereits erste zentrale Merkmale der postdemokratischen Entwicklung identifizieren: (1) zum einen bleiben formal-institutionelle demokratische Verfahren zwar intakt, verlieren für demokratische Entscheidungsprozesse jedoch massiv an Bedeutung (vgl. Crouch 2008, 13), (2) zum anderen werden parteipolitische Inhalte mit Blick auf Wählerstimmen entleert und durch personalisierte Wahlkampfstrategien ersetzt, das heißt die politische Kommunikation wird zunehmend manipulativ sowie kommerzialisiert (vgl. ebd., 35ff.), und (3) ferner werden die politischen Inhalte maßgeblich von einer privilegierten Wirtschaftselite und ihren Lobbyverbänden bestimmt, während die Politik im Gegenzug weitgehend auf das Kontrollieren von und Eingreifen in die kapitalistische Ökonomie verzichtet (vgl. ebd., 10).

Sowohl Ursache, als auch Motor dieser postdemokratischen Entwicklung ist laut Crouch das neoliberale Wirtschaftskonzept mit seiner durchdringenden Ideologie. Mit dem Zusammenbruch des keynesianischen Wohlfahrtsstaats in den 1970er Jahren, der beginnenden rapiden technologischen Veränderung und dem wachsenden globalen Wettbewerb kommt es in den 1980ern zum Durchbruch einer »shareholder-Ökonomie«,

das heißt Unternehmen werden am Kurswert ihrer Aktien gemessen, wodurch Investoren, CEOs, Lobbyverbände sowie finanzstarke Privatpersonen Macht und Einfluss akkumulieren, während die Mehrheit der Bürger*innen eine zunehmend passive Rolle einnimmt (vgl. Crouch 2008, 18f., 46). So führen unter anderem Prozesse staatlicher Deregulierung, *Outsourcing* und die Privatisierung öffentlicher Dienste dazu, dass ökonomische Eliten zunehmend den politischen Betrieb dominieren (vgl. ebd., 60).

Flankiert wird dies durch einen vermeintlich alternativlosen Kapitalismus, der sich einerseits in der massiven Kommerzialisierung und Kommodifizierung jeglicher Praktiken und Lebensbereiche äußert sowie andererseits die Zunahme von Einkommensunterschieden immer weiter befeuert, das heißt, dass die Reichen immer reicher werden, während die Anzahl derer, die in relativer und sogar absoluter Armut leben, stark zunimmt (vgl. ebd., 86). Gleichzeitig kommt es zu Veränderungen in der Arbeitswelt in Form des sogenannten *downsizings* (Senkung der Personalkosten mit der Folge steigenden Arbeitsdrucks) sowie zu einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse unter anderem durch den massiven Ausbau des Niedriglohnssektors. All dies habe zur Folge, dass die Bürger*innen »praktisch jede Möglichkeit verlieren, ihre Anliegen in politisches Handeln umzusetzen« (Crouch 2008, 131). Zudem führe der Verlust der Bedeutung von Klassen- und Religionszugehörigkeit dazu, dass Bürger*innen ihre festen politischen Identitäten verlören (vgl. Crouch 2021, 9).

Mit seinem 2021 veröffentlichten Nachfolgewerk »Postdemokratie Revisited« justiert Crouch seine Analyse insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2008, der europäischen Schuldenkrise, dem Aufstieg des Rechtspopulismus sowie der Corona-Pandemie nach und zeigt, wie sich postdemokratische Tendenzen, die sich zur Jahrhundertwende bereits abzeichneten, deutlich verschärfen. Dabei berücksichtigt er auf neue Weise die Bedeutung jener Institutionen, die die Demokratie schützen, den von ihm bis dato unterschätzten xenophoben Populismus sowie die Auswirkungen des Feminismus beziehungsweise anderer identitätspolitischer Bewegungen.

Anhand der Finanzkrise und des Umgangs mit ihren Auswirkungen zeigt Crouch, wie eng die Eliten in Wirtschaft und Politik tatsächlich miteinander verwoben sind beziehungsweise wie die verschärfte neoliberale Wirtschaftsweise die ökonomische Ungleichheit befeuert, die sich wiederum reziprok auf die politischen Machtverhältnisse niederschlägt, da der Neoliberalismus unter anderem den Einsatz von Reichtum zur politischen Einflussnahme legitimiert (vgl. Crouch 2021, 41). So konnte es insbesondere durch die seit den 1980ern sukzessive Deregulierung des Finanzsektors dazu kommen, dass Banken Investitionen weit über ihr Eigenkapital hinaus tätigen konnten, während sich Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen als gleichzeitig korrupt erwiesen, so dass sich schließlich eine klassische Spekulationsblase entwickelte, die ab 2007 mit dem Zusammenbruch der britischen *Northern Rock* Bank sowie der amerikanischen *Lehman Brothers* Investmentbank platzte (vgl. ebd., 81ff.). Weltweit griffen Regierungen unter anderem mittels Verstaatlichung ein, wodurch das System zwar stabilisiert wurde, es in der Folge aber zu erheblichen Einsparungen in den Staatsausgaben und hier in erster Linie in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Sozialfürsorge, Polizei und Verwaltung kam. So sank einerseits in Folge der Krise der Lebensstandard vieler Bürger*innen in hohem Maßstab, während andererseits jene EU-Mitgliedsstaaten mit hoher Staatsverschuldung im Jahr 2010 in eine weitere Krise gerieten.

Neben der Deregulierung des Finanzsektors führt das Zusammenspiel weiterer neo-liberaler Prozesse und Strategien zu postdemokratischen Zuständen, so etwa das vor allem für die USA typische »Personalkarussell« (Crouch 2021, 93), das heißt die übergangslöse Wechselbeschäftigung zwischen Banken und Behörden oder zwischen Aufsichtsräten wirtschaftlicher Großkonzerne und politischen Ämtern. So verschwimmen die Grenzen zwischen Lobbyismus und Korruption, nicht zuletzt auch bei der Frage wie und wodurch sich Parteien beziehungsweise Wahlkämpfe finanzieren. Eng mit Wahlkampfstrategien im Zusammenhang stehend tritt zudem die Bedeutung der sozialen Medien respektive die Meinungsmanipulation und Cyberkriminalität darin in den Vordergrund. So ist beispielsweise sehr genau untersucht, wie Trumps Präsidentschaftswahlkampf 2016 oder die »Leave«-Kampagne vor dem Brexit 2016 durch *Cambridge Analytica* sowie durch die russische Regierung manipuliert wurden (vgl. Crouch 2021, 52).

Neben den Gefahren des aggressiven Neoliberalismus für die Demokratie sieht Crouch den in den letzten Jahren weltweit aufkommenden »nostalgischen Pessimismus« (ebd., 144) als weitere ernsthafte Bedrohung für die Demokratie beziehungsweise als Motor für eine postdemokratische Verschärfung (vgl. ebd., 10). Was weitläufig im Diskurs als »Rechtspopulismus« bezeichnet wird, fasst Crouch unter besonderer Berücksichtigung von Maskulinismus und den Erfahrungen von Verbitterung angesichts postmoderner Veränderungen als »politisierten nostalgischen Pessimismus« zusammen. Zweifelsohne inkludiert er als Motive dieser Bewegungen Xenophobie sowie die Ablehnung internationaler Zusammenarbeit und globalisierungsbedingter wirtschaftlicher Veränderungen, gibt aber zu bedenken, dass der Begriff des Populismus angesichts seiner vielfältigen Ausformungen zu unspezifisch sei (vgl. Crouch 2021, 139ff.). So lasse sich Populismus generell auf Bewegungen jenseits etablierter Parteien beziehen, die sich politisch sowohl als links, rechts oder im Falle Macrons französischer Bewegung »La République En Marche« in der Mitte positionieren können (vgl. ebd.).

Der »nostalgische Pessimismus« hingegen betone deutlicher die Rückwärtsge wandtheit, das Konservative und Traditionelle, die Wut gegenüber konstruierten Feindbildern, die Gewaltbereitschaft sowie die Versprechen eines charismatischen Führers oder einer charismatischen Führerin, der/die für »das Volk« spricht. Während die Vertreter*innen des »nostalgischen Pessimismus« ebenfalls eine Krise der Demokratie beklagen, stellt sich ihre Politik allerdings grundsätzlich antidemokratisch dar. Während bei prinzipiell antiegalitärer Ausrichtung die Kritik im Vordergrund steht, der Wille des Volkes werde durch die Politik der dominierenden liberalen Eliten nicht repräsentiert, richten sich die Forderungen paradoxerweise nicht gegen die Eliten selbst, sondern in erster Linie gegen Immigrant*innen und andere minoritäre Gruppen (vgl. ebd., 143). Dass Bewegungen des »nostalgischen Pessimismus« weltweit postdemokratische Prozesse verschärfen, diese gar dezidiert betreiben, zeigt sich beispielsweise an dem gezielten Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen oder an der Art und Weise, wie die britische Regierung unter anderem ohne parlamentarische Einbettung den Brexit mit der EU ausgehandelt hat.

Eng verbunden mit dem Aufkommen des »nostalgischen Pessimismus« ist der zunehmende Bedeutungsverlust der Klassen- und Religionszugehörigkeit beziehungsweise die Instrumentalisierung dessen durch jene Parteien und Bewegungen der Neuen Rechten. Während sich die politische Zugehörigkeit im 19. und 20. Jahrhundert primär

anhand materiell-wirtschaftlicher und kultureller Identifizierung ergab, die sich dann entweder zu christlich-konservativen Parteien oder zu sozialdemokratischen wendeten, kommt es heute zu einem »[...] Hin-und-hergerissen-Sein vieler Menschen zwischen unterschiedlichen sozialen Identitätsmerkmalen, das es für Parteien notwendig machte, sich nach mehreren Seiten zu öffnen« (Crouch 2021, 211).

Durch heutige gesellschaftliche Entwicklungen tritt der Konflikt zwischen dem Traditionalismus der Konservativen und dem Rationalismus der Liberalen in den Vordergrund, wobei der »nostalgische Pessimismus« eine nationale Kultur und Religion sowie traditionelle Geschlechterverhältnisse gegenüber einem liberalen Internationalismus zu verteidigen sucht (vgl. ebd., 226). Dabei ist die neoliberale Ausrichtung der politischen Parteien ambivalent und kann starke Auswirkungen auf die Stabilität der Demokratie haben, die vor allem von der Funktionalität der Institutionen abhängt, die vor Missbrauch durch jene schützen, die an der Macht sind. So sind neoliberale Eliten in der Regel Verfechter jener Institutionen, die die Regierenden kontrollieren, solange diese auf den Nationalstaat begrenzt sind (vgl. ebd., 234). Auf der anderen Seite lehnen Bewegungen des »nostalgischen Pessimismus« sowohl das neoliberale Globalisierungsprojekt, als auch die Demokratie kontrollierenden Institutionen grundsätzlich ab. Das Ergebnis ist oft ein gegenseitiges Entgegenkommen, wie es in der politischen Praxis der Trump-Administration umgesetzt wurde: einerseits wird ein nationaler Protektionismus durchgesetzt, während der globale Finanzkapitalismus dereguliert bleibt (vgl. Crouch 2021, 238f.). Darüber hinaus wird die Wut der Öffentlichkeit auf Immigrant*innen beziehungsweise Fremde und Minderheiten gelenkt, die sozialen Medien werden zur Verbreitung von Hass, Hetze und *Fake News* missbraucht und Wissen und Wissenschaft wird von Evidenz und Fakten entleert und durch Emotionen ersetzt.

Die von Crouch skizzierte postdemokratische Entwicklung zeigt zusammenfassend, wie innerhalb der neoliberalen Hegemonie demokratische Auseinandersetzungen erschwert beziehungsweise verunmöglicht werden. Dies geht neben der Globalisierung der Wirtschaft und der Dominanz ökonomischer Eliten auf die postmoderne Entbindung aus identitätsstiftenden Beziehungen (insbesondere Klasse und Religion) und die damit im Zusammenhang stehenden Individualisierung zurück. Angesichts des Verlustes klarer parteipolitischer Demarkationslinien fragt Crouch, ob

»postindustrielle, postreligiöse, postmoderne Gesellschaften überhaupt stabile (partei)politische Bindungen hervorbringen können oder ob wir heute dazu verurteilt sind, uns als freischwebende Individuen von immer neuen Druckwellen mal hier-, mal dorthin treiben zu lassen« (Crouch 2021, 171).

Während sich Crouchs Analysen, wie eingangs erwähnt, primär auf der politikwissenschaftlichen Ebene bewegen, das heißt er in erster Linie inhaltlich und methodologisch das Feld der »Politik« untersucht, verweist er in dem Zitat auf das Feld des »Politischen«, das bei Autor*innen der politischen Philosophie, wie etwa bei Chantal Mouffe, im Zentrum der Betrachtung steht. Unter der als »politischen Differenz« bezeichneten Kategorie wird sodann unter »Politik« die »Verwaltung des Gemeinwesens innerhalb etablierter Parameter« verstanden, während sich »das Politische« auf die »Kraft der kollektiven Selbstinstitutionierung einer Gesellschaft« bezieht (Heil/Hetzel 2006, 9). So ist die philoso-

phische Kategorie des Politischen der Raum, in dem Politik stattfindet, Entscheidungen getroffen werden, wo das Soziale entsteht, wo Machtprozesse wirken und Konflikte ausgetragen werden.

Was nun jedoch genau das Politische konstituiert, wird von verschiedenen Theoretiker*innen sehr unterschiedlich beantwortet. Während Hannah Arendt das Politische beispielsweise als einen Raum der Freiheit und der öffentlichen Deliberation begreift, meint Mouffe mit dem Politischen »the dimension of antagonism which I take to be constitutive of human societies« (Mouffe 2005, 9). So geht Mouffe radikaldemokratisch von der konstitutiven Konflikthaftigkeit des Politischen aus und argumentiert für einen sogenannten agonistischen Pluralismus. Laut Mouffe bedarf es in einer pluralen Demokratie neben dem Konsens bezüglich demokratischer Grundwerte der Konflikthaftigkeit, der Konfliktaustragung und auch des Dissens, das heißt es wird notwendigerweise die Konstruktion eines Wir/Sie geben, dieses Verhältnis müsse aber vom Begriff des Feindes, wie ihn Carl Schmitt konzipiert, auf den sich Mouffe bezieht, zu dem des Gegners verändert werden (vgl. ebd., 20). Diese Art der Beziehung bezeichnet Mouffe als agonal.

»While antagonism is a we/they relation in which the two sides are enemies who do not share any common ground, agonism is a we/they relation where the conflicting parties, although acknowledging that there is no rational solution to their conflict, nevertheless recognize the legitimacy of their opponents. They are ›adversaries‹ not enemies.« (Ebd., 20)

So müssen die Antagonismen durch Institutionen und Praktiken – beispielsweise durch demokratische Wahlen – zu Agonismen »gezähmt« (ebd.) werden. Die Widersacher*innen oder Gegner*innen verfolgen dabei zwar nicht die gleichen Meinungen, teilen aber die grundlegenden demokratischen Werte, auch wenn sie diese anders interpretieren. So werden Gegner*innen in der politischen Gemeinschaft geduldet, ihnen wird das Recht zugesprochen, für ihre Meinungen einzutreten, doch wird die Konflikthaftigkeit bestehen bleiben.

»This is what I meant when I argued [...] that democracy requires a ›conflictual consensus‹: consensus on the ethico-political values of liberty and equality for all, dissent about their interpretation.« (Mouffe 2005, 121)

Während liberale Demokratietheorien meist auf der Grundlage von Rationalismus, Individualismus und einem abstrakten Universalismus danach streben, einen rationalen Konsens herzustellen, gehen radikaldemokratische Ansätze, meist auf der Grundlage poststrukturalistischer Theoriebildung, von der grundlegenden Konflikthaftigkeit der Gesellschaft aus. Das Ziel demokratischer Politik kann deswegen nur sein, vorübergehende Kompromisse zwischen agonal bestimmten Gegner*innen oder Parteien auszuhandeln (vgl. Mouffe 2007, 45).

2.3 Implikationen für die Radikale Demokratietheorie

Bevor im nächsten Kapitel die Antworten und Möglichkeiten diskutiert werden, wie auf aktuelle Krisen wie Neoliberalismus, Populismus und Nationalismus reagiert werden kann, schließt sich an die Analysen Crouchs und Mouffes zunächst die Diskussion an, welche Argumente für das Konzept der radikalen Demokratie sprechen, beziehungsweise soll reziprok die Frage gestellt werden, ob und inwiefern liberale Demokratietheorien heute überholt sind. Dazu werden in einem ersten Schritt die Kritikpunkte unter anderem von Laclau und Mouffe an den liberalen Demokratietheorien dargestellt, um in einem zweiten Schritt das politische Projekt der radikalen Demokratie nach fruchtbaren Alternativen für die plurale Gesellschaft zu befragen.

Liberale Demokratiemodelle beruhen zunächst auf der Vorstellung, dass in der Demokratie ein Grundkonsens herrscht beziehungsweise dieser auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen sei. Dieser wird bei Habermas beispielsweise durch rationale Deliberation gemeinsam erarbeitet und bildet sodann die normative Basis demokratischen Zusammenlebens.⁴ So wird Demokratie mittels verschiedener Mittel, wie etwa durch die Berufung auf Vernunft, universalisiert. Zudem wird bei Habermas ein herrschaftsfreier Diskurs angestrebt, an dem alle gleichberechtigt teilhaben, um einen gemeinsamen Konsens zu erarbeiten.⁵ Dies verweist auf die tendenziell naive liberale Sicht auf Pluralismus, bei der unter anderem Machtverhältnisse ausgeklammert und Konflikte mittels Vernunft idealtypisch stets gelöst werden (vgl. Mouffe 2005, 10f.).

Im Sinne poststrukturalistischer Theoriebildung kann es jedoch keinen machtfreien Raum geben. Stattdessen wird von der Allgegenwart von Machtbeziehungen ausgegangen, wodurch es immer auch zu Ein- und Ausschlussmechanismen kommt. Dies zu verkennen verweist auf die Missachtung des Politischen von Seiten vieler liberaler Theoretiker*innen (vgl. Mouffe 2005, 12). Mehr noch, der liberale Individualismus, die Verneinung von Konflikten und ungleichen Machtverhältnissen geht mit einer Entpolitisierung insgesamt einher, was unter anderem zur Folge hat, dass sich die Menschen mit ihren Sorgen, Nöten und Fragen, aber auch mit ihren Leidenschaften und ihrer Kreativität ins Private zurückziehen. So ist nicht nur die politische Öffentlichkeit gefährdet, sondern die Demokratie an sich, denn Demokratie bedarf der Partizipation und des kollektiven Gestaltungswillens.

Der im Liberalismus propagierte Individualismus, der das Individuum zum allesbestimmenden Referenten macht, verkennet, dass Identitätsbildung sowie Bedeutungsproduktion in (sozialen) Diskursen stattfindet. Demgegenüber werden kollektive Identitäten im Liberalismus nicht anerkannt beziehungsweise unterschätzt. Statt von steten Prozessen der Identifizierung (als Individuum sowie als Gruppe) auszugehen, womit die notwendige Abhängigkeit von einem Anderen beziehungsweise von einem konstitutiven Außen einhergeht, wird das liberale Subjekt als autonom, vernünftig und handlungsfähig begriffen. Laut Mouffe spielen kollektive Identitäten aber »a central part in politics and the task of democratic politics is not to overcome them through consensus but to construct them in a way that energizes the democratic confrontation« (ebd., 5f.).

4 Vgl. Teil II, Kapitel 6.1.1 in dieser Arbeit.

5 Vgl. auch die Kritik Frasers an Habermas in Teil II, Kapitel 6.1.2.

Um überhaupt politisch handeln zu können, benötigt es die Identifikation mit einer kollektiven Identität, womit auch eine affektive Dimension einhergeht: so geht es einerseits um das Begehren nach Repräsentation und Anerkennung von der wir-Gruppe sowie der Zugehörigkeit mit dieser, andererseits um das komplementäre Ablehnen oder Abgrenzen von der sie-Gruppe. Dies lässt sich mit Freuds Eros-Thanatos⁶-Dualismus verbinden, das heißt dem andauernden Wechselspiel zwischen Lebenstrieb und Todestrieb. Der aggressive und destruktive Todestrieb kann zwar nicht final eliminiert, jedoch gebändigt werden. Hier schließt Mouffe an und folgert:

»[...] understood in an agonistic way, democratic institutions can contribute to this disarming of the libidinal forces leading towards hostility which are always present in human societies.« (Mouffe 2005, 26)

Das heißt, die Konfrontation unterschiedlicher kollektiver Identitäten und deren diskursive Aushandlungen tragen zur Demokratisierung bei. Wenn in liberalen Demokratietheorien konsensuelle Entscheidungen auf der Grundlage von Rationalität getroffen werden, müssen Leidenschaften, Eigeninteressen und Kreativität, aber auch Ängste und Sorgen ausgeklammert werden. Ein so verstandener Konsens, der all jene Affekte, die Partizipation, Solidarität und Gestaltungswille befördern oder gar ermöglichen ins Private verdrängt, höhlt die Demokratie aus. In diesem Sinne erscheint der vermeintliche Konsens liberaler Demokratietheorien nicht authentisch und letztlich nicht nachhaltig. Auf diese Weise werden marginalisierte Stimmen notwendigerweise unterdrückt und finden oft keine Repräsentation, während der Status quo möglicherweise unverändert bleibt.

Hier schließt sich einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Ansätzen liberaler Demokratietheorie und Ansätzen radikaler Demokratie an, nämlich, dass letztere im Gegensatz zu ersteren einen postessentialistischen Gesellschaftsbegriff vertreten, das heißt universale, objektive Begründungen von Gesellschaft zurückgewiesen werden. Stattdessen werden die Grundlosigkeit der Demokratie sowie die Unabgeschlossenheit hegemonialer Diskurse betont. Darüber hinaus wird von einer unausweichlichen Kontingenz ausgegangen, die moderne Gesellschaften prägt sowie von einer omnipräsenten Konflikthaftigkeit (vgl. Comtesse et al. 2020, 12ff.). So können sich beispielsweise marginalisierte Gruppen gemeinsam organisieren, politisieren und die hegemonialen Machtverhältnisse herausfordern. Plurale Gesellschaften, die sich heute durch eine sehr hohe Diversität auszeichnen, können vor dem Hintergrund der oben geschilderten Schwachstellen liberaler Demokratietheorien nicht mittels eines ausschließenden Konsenses organisiert und geführt werden. Stattdessen bedarf es eines Rahmens, der zum einen allen Stimmen Gehör verschafft und dabei ambivalente, ambige und auch widersprüchliche Aussagen akzeptiert, zum anderen müssen partikulare Gruppeninteressen zu einer Äquivalenzkette zusammengebracht werden, um die bestehenden Machtverhältnisse herauszufordern und zu verändern.

6 Freud verwendet die Begriffe Eros und Todestrieb. Die Bezeichnung »Thanatos« in Anlehnung an den griechischen Todesgott wird erst später vom österreichischen Psychoanalytiker Ernst Federn eingeführt.

2.4 Giroux, die Notwendigkeit radikaler Demokratie und der interaktionistische Konstruktivismus

Giroux' Arbeiten zeichnen sich durch eine im hohen Maße umsichtige und scharfsinnige Analyse von oftmals widersprüchlichen Positionen aus, denen er abwägend die je fruchtbarsten Aspekte abgewinnt und diese für eine neue Perspektive zusammenführt. In diesem Sinne setzt er sich sowohl kritisch mit Habermas, als auch mit Mouffe auseinander, um schließlich unter Rückgriff auf beide neue Antworten anzubieten. Dabei zeigt sich bis zum heutigen Tag, wie sehr Giroux die radikale Demokratie verfißt, ja zu dieser heute keine Alternative sieht. Während er grundsätzlich Habermas' Agenda einer Revitalisierung der Demokratie unterstützt und seine Arbeiten für die Kritische Theorie würdigt, kritisiert er die Konzeption deliberativer Demokratie, mit der Beschwörung von Konsens und Vernunft, angesichts des rechtspopulistischen Aufschwungs und der nicht abnehmenden neoliberalen Aggressivität scharf.⁷ Gleichzeitig grenzt er sich von Mouffes Konzeption eines Linkspopulismus ab⁸, während er grundsätzlich ihr Projekt des agonalen Pluralismus, mit der Betonung auf Konflikt, Kontingenz und Ambivalenz unterstützt.

Neben dem Kampf gegen rechts ist für Giroux der Kampf gegen die neoliberale Hegemonie der Schlüssel zu einer radikaldemokratischen Transformation. Dass dies unter anderem mit der Kritik am Liberalismus einhergeht, zeigt Giroux erneut in seinen jüngeren Analysen zur amerikanischen Situation. So werde heute durch eine liberale Politik der Äquivalenz, die rechten und linken Populismus gleichsetzt, untergraben, wie gefährlich die Neue Rechte ist und wie eng Faschismus und Kapitalismus miteinander verzahnt sind, während weiterhin bekräftigt wird, der Markt generiere Wohlstand und Freiheit (vgl. Giroux 2023, o. S.).

»This »both sides« politics or politics of equivalency [...] has become a liberal mantra, increasingly used to argue that reactionary fascist political and populist traditions on the right, which embrace bigotry, rabid nationalism, militarized borders, unconditional domination, and white supremacy, are offset and equal to leftist positions that incorporate socialist ideals and critiques of neoliberal capitalism.« (Giroux 2023, o. S.)

Die Gleichsetzung rechter und linker Politik bagatellisiert nicht nur die rechte Gewalt und deren Strategien der Hetze und des Hasses, sondern führt insgesamt zur Entpolitisierung, was durch die neoliberale Ideologie wiederum verstärkt wird. Wenn sich die Menschen politisch nicht mehr repräsentiert sehen, werden sie sich vermehrt jenseits politischer Formationen mit Kategorien wie beispielsweise der Nationalität oder Religion identifizieren oder sich ins Private zurückziehen. Dies hätte eine Fragmentierung kollektiver Identitäten zur Folge, was dem rechtspopulistischen Lager letztlich zugutekommt.

7 Vgl. Teil III, Kapitel 1.2 in dieser Arbeit.

8 Eine Auseinandersetzung mit Mouffes favorisiertem Linkspopulismus schließt sich im nächsten Kapitel an.

So ist für Giroux die radikale Demokratie vielleicht das einzige Konzept, das bleibt, um die moralische Verrohung, den neoliberalen Nihilismus und den neonationalistischen Faschismus zu beurteilen, der die Demokratie auf der ganzen Welt angreift.

Auch der interaktionistische Konstruktivismus plädiert entschieden für die Transformation zu einer radikalen Demokratie, wobei die Überführung von der Demokratie *de jure* zu einer Demokratie *de facto* grundlegend ist.

»We need to defend and further develop the grounds of democracy *de jure*, and we need to intensify and diversify the struggles for genuinely democratic conditions *de facto* of life on all levels. But in our view democracy is not a tale of reconciliation. The tension between democracy and capitalism and with it the contrast between claims *de jure* and conditions *de facto* remains, and we can hardly expect that it will easily dissolve in the future.« (Neubert/Reich 2018, 75; Herv. i. Orig.)

Wie dies heute gelingen kann und welche Rolle Erziehung und Bildung darin einnehmen, wird abschließend im folgenden Kapitel erörtert.

